



Wortprotokoll der 14. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 19. Oktober 2022, 18:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

E.700

Präsenzsitzung und Videokonferenz im
Webex-Format

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite 3

Fachgespräch zum Thema „**Internationale
Verantwortung und Zusammenarbeit**“



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kersten, Dr. Franziska Kleebank, Helmut Zorn, Armand	Abdi, Sanae Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Rudolph, Tina Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Teutrine, Jens	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Brandner, Stephan
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



Einzigiger Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zum Thema „Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit“

dazu Sachverständige:

Dr. Christoph Benn

Director Global Health Diplomacy, JOEP LANGE
INSTITUTE, Schweiz

dazu verteilt:

PowerPoint-Präsentation Ausschussdrucksache
20(26)21 (Anlage 2)

Dr. Sonja Grigat

Referentin Globale Gerechtigkeit und nachhaltige
Entwicklung, VENRO – Verband
Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

dazu verteilt:

Stellungnahme Ausschussdrucksache 20(26)19
(Anlage 1)

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich zur 14. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung begrüßen. Die Sitzung wird wie immer in Präsenz und in digitalem Format durchgeführt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung muss ich einen kleinen technischen Hinweis geben. Wir zeichnen die Sitzung für das Protokoll zwar akustisch auf, aber aus Kapazitätsgründen ist es nicht möglich, die Veranstaltung auch durch ein Kamerateam aufzuzeichnen und dann Online zu stellen. Dadurch ist es auch nicht möglich, diese in der Mediathek abzurufen.

Ansonsten haben wir für diese öffentliche Sitzung einen einzigen Tagesordnungspunkt, nämlich das Fachgespräch zum Thema „Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit“.

Ich eröffne diese 14. Sitzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBnE) und begrüße alle Anwesenden, insbesondere auch die per Video zugeschalteten Mitglieder des PBnE und weitere Gäste. Herzlich willkommen. Ganz herzlich begrüßen darf ich in besonderer Weise unsere beiden geladenen Sachverständigen, Herrn Dr.

Christoph Benn und Frau Dr. Sonja Grigat. Wir erhoffen uns von Ihnen wertvolle Hinweise zu dem Thema. Herzlich willkommen.

Vielen Dank, dass Sie unserer kurzfristigen Einladung folgen konnten und uns heute mit Ihrer Sachkunde für das Gespräch zur Verfügung stehen.

Ebenso freue ich mich, die interessierte Öffentlichkeit heute hier im Paul-Löbe-Haus in Präsenz begrüßen zu dürfen und darf Ihnen zunächst unsere beiden Sachverständigen – in alphabetischer Reihenfolge – kurz vorstellen.

Zuerst komme ich zu Herrn Dr. Christoph Benn. Herr Dr. Benn ist Arzt mit Spezialisierung in Tropenmedizin und Public Health und mehr als 30-jähriger Erfahrung in der globalen Gesundheitsversorgung. Er war 2002 als einer der ersten Vorstandsmitglieder an der Gründung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria beteiligt und war von 2003 bis 2018 der Director of External Relations dieser Organisation in Genf. Als einer der Direktoren des Globalen Fonds war er zuständig für die Beziehungen zu Regierungen und Nichtregierungsorganisationen rund um die Welt und für die Organisation der Geberkonferenzen für den Globalen Fonds, die alle drei Jahre unter dem Vorsitz des jeweiligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen stattfinden. Unter seiner Leitung hat der Globale Fonds mehr als 60 Milliarden US Dollar eingeworben und damit Millionen von Menschen in über 150 Ländern Zugang zu Behandlung und Prävention der drei großen Infektionskrankheiten ermöglicht.

Dr. Christoph Benn ist seit 2019 der Director for Global Health Diplomacy des Joep Lange Instituts mit Sitz in Amsterdam und Genf. Der Fokus des Instituts liegt auf der Umsetzung des Plans der Vereinten Nationen, bis zum Jahr 2030 allen Menschen auf der Welt Zugang zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsdiensten zu ermöglichen. Herzlich Willkommen, Herr Dr. Benn.

Darüber hinaus begrüße ich Frau Dr. Sonja Grigat. Frau Dr. Sonja Grigat ist seit 2014 bei VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.) als Referentin für Fragen der globalen Nachhaltigkeitspolitik zuständig.



Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen auf der nationalen, europäischen und internationalen Umsetzung der Agenda 2030 und der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Sie präsentierte wichtige zivilgesellschaftliche Forderungen an eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung, die dazu geeignet sind, Armut und soziale Ungleichheit weltweit zu reduzieren und im Sinne der Agenda 2030 niemanden zurückzulassen.

Darüber hinaus hat sie im letzten Jahr die Erstellung des zivilgesellschaftlichen „machbar-Berichts“ zum Thema „Das große Ganze – Wie wir Ernährung, Klima und Gesundheit zusammendenken können“ koordiniert.

Auch Sie, Frau Dr. Grigat, heiße ich noch mal herzlich willkommen.

Bevor wir nun inhaltlich in das Gespräch einsteigen noch einige kurze organisatorische Hinweise. Frau Dr. Grigat hat zur Vorbereitung auf das Gespräch einen Beitrag von VENRO zum Thema „Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit“ übersandt, der als Ausschussdrucksache 20(26)19 an die Beiratsmitglieder verteilt und auf der Homepage des Beirats veröffentlicht worden ist.

Die PowerPoint-Präsentation von Herrn Dr. Benn werden wir im Nachgang zur Sitzung als Ausschussdrucksache verteilen.

Von unserem Fachgespräch wird zudem ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Sitzung zur Erstellung des Protokolls aufgezeichnet.

Für das Eingangsstatement haben wir beiden Sachverständigen jeweils ein Zeitfenster von zehn Minuten eingeräumt, das ich bitte, möglichst einzuhalten. Die Uhr für die Redezeit läuft hier wie immer als Orientierung mit. An die Eingangsstatements werden sich dann eine, vielleicht auch zwei Fragerunden anschließen. Es ist vorgesehen, dass die Fragen von unseren beiden Sachverständigen jeweils im Anschluss an die jeweilige Fragerunde gemeinsam beantwortet werden.

Gegen 19:00 Uhr würde ich die öffentliche Sitzung gerne beenden und die Mitglieder des PBnE werden sich dann anschließend noch für eine nichtöffentliche Sitzung – ebenfalls in

diesem Sitzungsformat mit den gleichen Online Zugangsdaten – zusammenfinden.

Das ist offensichtlich einvernehmlich. Dann verfahren wir so. Wir haben uns gerade darauf verständigt, dass aufgrund der inhaltlichen Schwerpunkte unserer beiden Sachverständigen Frau Dr. Grigat beginnen wird und ich darf Sie um ihr Statement bitten.

Sachverständige **Dr. Sonja Grigat** (Referentin Globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung, VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, Ihnen einige Überlegungen von VENRO zur Umsetzung der Agenda 2030 näher zu bringen.

Sie lesen es jeden Tag in der Presse, Sie hören es im Arbeitsalltag. Mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 steht die Welt vor großen Herausforderungen. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit weltweit weiter wachsen lassen. Der rasch fort-schreitende Klimawandel, andauernde Konflikte und der Krieg in der Ukraine werden die Ernährungssituation von Millionen von Menschen weiter verschärfen. Nach Angaben der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO, Food and Agriculture Organization of the United Nations) sind mittlerweile 828 Millionen Menschen von Mangelernährung und akutem Hunger bedroht. Das Ziel, den Hunger bis zum Jahr 2030 zu beenden, ist in sehr weite Ferne gerutscht. Gleichzeitig hat die Pandemie und auch die Folgen der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung schwere Auswirkungen auf die ohnehin schon fragilen Gesundheitssysteme und die bislang erzielten Erfolge zur Erreichung des SDGs 3 (Sustainable Development Goal) „Gesundheit und Wohlergehen“ gehabt. Vor der Pandemie waren deutliche Fortschritte in den Bereichen „reproduktive Gesundheit“, „Mütter-Kind-Gesundheit“ sowie „Immunisierung und Behandlung von übertragbaren Krankheiten“ zu verzeichnen. Diese Effekte sind nahezu zu Nichte gemacht worden.



Auch der Klimawandel hat weiterhin schwere Auswirkungen auf Ernährungs- und Gesundheitssituationen weltweit. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) hat in seinem letzten Bericht noch einmal sehr deutlich veranschaulicht, dass, wenn wir diese Politik weiter betreiben wie bisher, Extremwetterereignisse und Dürren gerade in den am meisten von Armut betroffenen Ländern sich weiter verschärfen werden und damit die Lebenssituation von Millionen von Menschen weltweit bedroht ist.

Darüber hinaus wird der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement für Nachhaltigkeit, Demokratie und Frauenrechte sowie dem Schutz der Menschenrechte immer kleiner. Laut dem „Atlas der Zivilgesellschaft 2022“ leben nicht einmal zwölf Prozent der Weltbevölkerung in Staaten, in denen Menschen weitgehend ungehindert ihre Meinung äußern, sich versammeln und Missstände propagieren können. Deshalb ist es Zeit zu handeln, und damit sind natürlich wir alle, aber insbesondere Sie als Abgeordnete des Bundestages aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Missstände weltweit zu beheben.

Aus unserer Perspektive werden, gezielt mit Blick auf die Governance zur Nachhaltigkeit, drei Punkte entscheidend. Zum einen muss das Prinzip der Agenda 2030 „niemanden zurücklassen“ endlich durch geeignete Maßnahmen umgesetzt werden. Dies betrifft auch die Nachhaltigkeitsstrategie. Das heißt, wenn Sie im kommenden Jahr darüber diskutieren, wie die Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt werden kann, wäre das ein Punkt, den Sie berücksichtigen sollten.

Des Weiteren ist eine feministische Entwicklungspolitik, die konsequent und kohärent umgesetzt wird, durchaus notwendig, um eine gleiche politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Auch diese Politik bitte ich Sie zu unterstützen.

Zudem müsste die deutsche Nachhaltigkeitsgovernance noch deutlich gestärkt werden, insbesondere mit Blick auf die Kohärenz. So wäre es sinnvoll, den PBnE zu einem regulären Ausschuss des Deutschen Bundestages aufzuwerten. Darüber hinaus gilt es auch, die

Gesetzesfolgenabschätzung zu verbessern und neue Indikatoren für die Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln, insbesondere solche, die die internationalen Auswirkungen deutschen Handelns besser in den Blick nehmen und auf ihre Nachhaltigkeitswirkung prüfen.

Mit Blick auf die drei oben genannten zukunftsrelevanten Nachhaltigkeitspolitikfelder – Ernährung, Gesundheit und Klima – möchte ich auf einige wesentliche Punkte eingehen, die aus unserer Perspektive die Ernährungssituation, die Gesundheitssituation und die Lebenssituation der Menschen weltweit deutlich verbessern könnten. Dabei ist natürlich Ihre Unterstützung gefragt.

So müssen die globalen Ernährungssysteme deutlich resilienter, gerechter und nachhaltiger werden. Die Ernährungssouveränität muss dabei gestärkt und insbesondere das Menschenrecht auf Nahrung verwirklicht werden. Hier gilt es bestimmte Gesetze, beispielsweise das Lieferkettengesetz, konsequent und kohärent umzusetzen. Abhängigkeiten in den Wertschöpfungs- und Lieferketten müssen dabei transformiert werden. Das heißt, Lieferketten müssen in Bezug auf die Menschenrechte sozial und ökologisch gerecht werden. Diese müssen aber auch mit Blick auf die Versorgungssituation vor Ort lokalisiert werden. Abhängigkeiten, vor allem von Nahrungsmittelimporten der Entwicklungsländer, aber auch von chemischen Düngern oder kommerziellem Saatgut in den Lieferketten, müssen reduziert werden. Auch hierzu können wir alle einen Beitrag leisten, Entwicklungspolitik im Besonderen.

Deshalb begrüßen wir auch, dass die Regierungsparteien die Ernährungssicherung in den Fokus gestellt haben und auch auf eine Transformation der Ernährungssysteme hinarbeiten, insbesondere mit agrarökologischen Ansätzen und einem Wissens- und Technologietransfer mit Blick auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Diese muss durch gezielte Investitionen unterstützt werden. Diese Investitionen sollten natürlich nachhaltig, sozial kompatibel und klimaschonend eingesetzt werden.

Der Klimawandel hat gravierende Auswirkungen auf die Lebens-, Gesundheits- und Ernährungssituation von Millionen von



Menschen. Hierfür sind vor allem mehr finanzielle Mittel notwendig. Hier werden schon viele Maßnahmen ergriffen, aber die Mittel, um deren Umsetzung zu realisieren, sind weiterhin zu gering. Wir halten einen Anstieg der deutschen Haushaltsmittel für die internationale Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro pro Jahr bis zum Jahr 2025 durch neue und zusätzliche Mittel für notwendig. Hinzu kommen konkrete und zusätzliche Zusagen für Mittel zum Umgang mit Schäden und Verlusten. Entsprechend sollte das neue Klimafinanzierungsziel (New Collective Quantified Goal, NCQG) für die Zeit ab 2025 sowohl Anpassung und Minderung als auch die finanziellen Bedarfe der verwundbaren Länder bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten berücksichtigen.

COVID-19 stellt immer noch eine bedeutende Belastung der schwachen und unterfinanzierten Gesundheitssysteme in den am stärksten von Armut betroffenen Ländern dar. Aus unserer Sicht ist es deshalb notwendig, noch gezielter lokale Gesundheitssysteme in den Ländern mit niedrigem Einkommen zu unterstützen. Hierzu zählt auch die Aus- und Fortbildung sowie die nachhaltige Finanzierung von Personal, insbesondere im Bereich der Basisgesundheitsversorgung (Community & Animal Health Workers). Um die Lücke an Pflegepersonal in Deutschland zu füllen, sollte die Bundesregierung, und damit auch der Bundestag, darauf achten, dass die Anwerbung in den Ländern, in denen wir Aus- und Fortbildung fördern, gestoppt wird oder zumindest so strukturiert wird, dass sie nicht zulasten der Gesundheitssysteme in den armen Ländern entsteht.

Des Weiteren sollen Programme, etwa zur Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten, Immunisierungskampagnen, Schwangerenvorsorge, Langzeitbehandlungen von Tuberkulose, HIV/AIDS und chronischen Krankheiten sowie der Zugang zu Kontrazeption so schnell wie möglich nach der Pandemie wieder hochgefahren werden. Mit Blick auf den Zugang zur Diagnostika und Medikamenten wäre es sinnvoll, insbesondere mit Blick auf die Impfstoffe für COVID das TRIPS-Abkommen (Agreement on Trade-Related Aspects of

Intellectual Property Rights) auszusetzen, um die Produktion der Impfstoffe auch lokal voranzutreiben.

Auch mit Blick auf die Pandemiebekämpfung ist aus unserer Sicht der „One Health“-Ansatz essenziell. Er dient dazu, auch die Gesundheitssysteme vor Ort zu stärken und die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen von Gesundheit der Menschen vor Ort zu sichern. Dies alles ist natürlich ohne die Unterstützung der Zivilgesellschaft vor Ort nicht möglich. Hier möchte ich noch mal darauf hinweisen, dass zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume und Menschenrechte sehr stark eingeschränkt werden und deshalb müssen sie noch mal gezielter unterstützt werden. Das kann man machen, indem man strategisch Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft in relevante Politikprozesse und Maßnahmen einbezieht. Zum Beispiel könnten zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter in Regierungsverhandlungen und -konsultationen oder bei parlamentarischen Reisen einbezogen werden. Ganz konkret, als Vorschlag an Sie: Das Programm des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ sollte ausgebaut werden, insbesondere auch mit Blick auf den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern. Sie könnten als Abgeordnete auf Auslandsreisen gezielt den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern vor Ort suchen und dabei die Notwendigkeit einer lebendigen Zivilgesellschaft thematisieren und einfordern.

Herzlichen Dank für Ihr Gehör. Für vertiefende Gespräche stehen wir Ihnen natürlich sehr gerne zur Verfügung. Ich freue mich auf die Diskussion. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Frau Dr. Grigat, für diesen ersten Aufschlag, der ja schon einen guten Überblick gegeben hat, und wir freuen uns jetzt auf die Worte von Herrn Dr. Benn.

Sachverständiger **Dr. Christoph Benn** (Director Global Health Diplomacy, JOEP LANGE INSTITUTE, Schweiz): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich freue mich sehr über diese Einladung und bin gespannt auf das Gespräch.



Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind Ihnen allen sehr gut bekannt. Frau Dr. Grigat hat Ihnen gerade die Situation geschildert und dass wir in der Umsetzung weit hinterherhinken. Insofern brauche ich darauf nicht weiter einzugehen. Das ist Ihnen alles bekannt, und ich kann mich direkt dem Thema zuwenden, mit dem ich mich am meisten in den letzten 20 Jahren beschäftigt habe, nämlich die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklungsziele.

Auf der letzten Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung in Addis Abeba im Jahr 2015 lag der Schwerpunkt noch ganz stark darauf, dass diese Ziele durch nationale Haushalte in den Ländern des globalen Südens und den Privatsektor finanziert werden könnten. Und das war ganz deutlich in den Diskussionen zu spüren, dass die offizielle Entwicklungszusammenarbeit eher eine untergeordnete Rolle spielt. Inzwischen wissen wir, dass viele dieser Annahmen damals zu optimistisch waren. Viele Länder des globalen Südens können aus ihren Haushalten nicht die Mittel aufbringen, die notwendig wären, diese Ziele zu erreichen. Die Schuldenkrise hat sehr stark zugenommen und auch durch die COVID-Pandemie ist festzustellen, dass viele Länder immer noch viel internationale Unterstützung brauchen. Aber wie soll das aussehen? Haben wir dazu die richtigen Instrumente?

Sie haben vielleicht auch mitbekommen, dass es auf der kürzlich stattgefundenen Herbsttagung der Weltbank und des Währungsfonds eine intensive Diskussion darüber gab, dass diese Institutionen reformiert werden müssen. Auch Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat dort in einem sehr bemerkenswerten Beitrag gesagt, dass sich die Weltbank für globale Zukunftsherausforderungen umbauen müsse und hat darauf konkrete Vorschläge gemacht. Insbesondere im Bereich der Klimafinanzierung gab es viele prominente Stimmen, die sagten, diese müssen völlig anders aufgestellt werden, damit wir diese globalen Aufgaben, wie die Pandemien und die Klimakrise, bewältigen und finanzieren können.

Ich möchte Ihnen einen kleinen Eindruck zu geben. Die internationalen Mittel zur gleichzeitigen Bewältigung multipler Krisen und der Unterstützung nachhaltiger Entwicklung

reichen schlicht und ergreifend nicht aus. Und es ist eine Tatsache, dass nur wenige internationale Geberländer fast alle internationalen Organisationen in Bezug auf Krisen und Anliegen der Entwicklungsfinanzierung unterstützen.

Zwei Beispiele will ich Ihnen nennen. Wenn Sie sich beispielsweise an ACT-A (Access to COVID-19 Tools Accelerator) erinnern. Das ist eine Einrichtung, die die Folgen der COVID-Pandemie koordinieren sollte. Die 15 Hauptgeberländer zahlten 96 Prozent aller staatlichen Beiträge für Diagnostika, Therapeutika, Impfstoffe. Wo waren die ganzen anderen Länder? Beispielsweise der Globale Fonds, für den ich lange die sogenannte Replenishment-Conference (Konferenz zur Wiederauffüllung des Global Fonds) geleitet habe und bei der ich auch dieses Jahr in New York dabei war: Sechs Geberländer zahlten im September 2022 90 Prozent der staatlichen Gesamtzuwendungen ein. Es kamen insgesamt vierzehn Milliarden Dollar zusammen. Deutschland war einer der Hauptgeldgeber. An dieser Stelle noch mal ganz herzlichen Dank für das wirklich sehr starke Signal auch aus Deutschland, der dieses Ergebnis möglich gemacht hat.

Aber, es bleibt ein Faktum, dass es so kaum möglich sein wird, alle internationalen Aufgaben von wenigen Geberländern finanzieren zu lassen, und darum unterbreiten wir seit wenigen Jahren einen neuen Vorschlag. Dieser Vorschlag heißt „Global Public Investment“. Ganz kurz gesagt geht es darum, dass wir vorschlagen, die jahrzehntelange Aufspaltung der Welt in einige wenige Geberländer und viele Empfängerländer aufzulösen. Es entspricht auch nicht mehr der Realität unserer Welt. Alle Länder und alle Einkommensgruppen sollten aufgefordert werden, Beiträge zu internationalen Aufgaben zu leisten. Da sind auch viele Länder mit hohem Einkommen angesprochen, auch hier in Europa.

Ihnen ist sicherlich auch bekannt, dass viele Länder Osteuropas zu den Ländern hohen Einkommens gehören. Diese leisten aber sehr wenige Beiträge zu internationalen Aufgaben. Aber es gibt auch viele andere Länder, die sich das leisten könnten, aber diese Beiträge aus verschiedenen Gründen nicht leisten. Dann gibt es natürlich auch die Länder mittleren Einkommens, große Länder wie China, Indien, Brasilien und



Südafrika Die Frage ist, wann und in welchem Umfang sollen diese Länder beitragen. Darum sagen und argumentieren wir, dass alle Länder dazu beitragen sollen. Alle Länder profitieren auch davon, dass wir diese globalen Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise bei der Pandemiebekämpfung oder der Bekämpfung des Klimawandels. Aber dann müssen auch alle Länder an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. Das ist ein wesentliches Element, ein Anreiz für diese Länder, dass sie sich wirklich beteiligen. Ich habe viele Diskussionen geführt mit genau diesen Ländern, die bisher wenige Beiträge leisten und die Antwort war oftmals „Wir sind ja auch nicht vertreten in den jeweiligen Aufsichtsgremien und solange werden wir auch nichts beitragen“. Das denke ich, sollten wir angehen und dafür machen wir diesen Vorschlag in Bezug auf „Global Public Investment“. Es geht hier um ein Modell, wie Länder aller Einkommensgruppen eingebunden werden können. Sie sehen auf meiner Präsentation die entsprechenden Einzahlungsmöglichkeiten. Internationale Beiträge sind durch neue oder etablierte Budget-Linien gekennzeichnet. In einem Land wie Deutschland gibt es ganz klare Budgets für internationale Aufgaben. In vielen anderen Ländern gibt es diese Budgets gar nicht. Sie gehen hin und die sagen: „Wir wissen gar nicht, aus welchem Budget wir das zahlen können“. Das kann man angehen. Die kann man einrichten.

Ich gehe zunächst mal nach unten in meiner Präsentation in den Bereich „Auszahlung“. Wir schlagen keine neuen Fonds vor, wir schlagen vor, die bestehenden Fonds und Institutionen zu nutzen, aber anders zu finanzieren und andere Formen der Aufsichtsräte bzw. der Entscheidungsstrukturen zu wählen. Im Moment ist das Beispiel dafür der neue Pandemiefonds FIF (Financial Intermediary Funds) bei der Weltbank. Vielleicht haben Sie davon gehört. Es gibt jetzt einen neuen Fonds, den die Weltgemeinschaft eingerichtet hat. Unter dem Format der G20 (Informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union) ist das propagiert worden, dass es einen Fonds geben müsste, wie die Welt in Zukunft Pandemien vorbeugen, aber auch bekämpfen kann. Dieser Fonds ist eingerichtet, und in diesem neuen Fonds haben wir viele dieser Ideen, in gewisser Weise mit Erfolg, eingebracht. Beispielsweise haben Länder

wie Indonesien jetzt einen Beitrag gezahlt von fünfzig Millionen Dollar. Genauso viel wie Deutschland, also fünfzig Millionen Euro. Indonesien hat den CO-Vorsitz übernommen für die Geberländer. Die Welt verändert sich hier tatsächlich. Viele dieser Länder sind bereit, Beiträge zu leisten, wenn die richtigen Anreize dafür gesetzt werden. Das ist ein Beispiel, die man aber auch dann in anderen Bereichen umsetzen kann.

Wie versuchen wir, dieses Konzept „Global Public Investment“ zu unterstützen? Es gibt eine globale Expertengruppe, und wir haben namhafte Ökonomen, die daran arbeiten. Wir haben einen internationalen Vorstand, und wir haben gerade jetzt im September bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen ein internationales Netzwerk „Global Public Investment“ (GPIN) gegründet. Mein Institut ist eines der Gründungsmitglieder dieses Konsortiums, das das vorantreibt.

Was sind die Möglichkeiten, in den nächsten Jahren eine Reform des internationalen Finanzierungssystems durchzuführen? Erstens geht es um die Reform von Weltbank und dem IWF (Internationaler Währungsfonds). Die Diskussion ist im Gange. Zweitens gibt es ein sogenanntes „High-Level Advisory Board“ des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Frage des „Effective Multilateralism“. Dabei stellt sich die Frage, wie wir die multilateralen Instrumente im Bereich der Vereinten Nationen auf die globalen Fonds so umbauen können, dass sie für die Aufgaben der Zukunft effektiv sind. Es wird dann im nächsten Jahr auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Überprüfung der nachhaltigen Entwicklungsziele geben. Frau Grigat sprach das ebenfalls an. Das ist dann auch eine Möglichkeit, diese neuen Ideen dort einzubringen. Es wird dann im Jahre 2024 eine vierte Konferenz mit dem Titel „Financing for Development“ geben. Das ist dann die nächste Konferenz nach der Konferenz, die ich erwähnt habe, in Addis Abeba. Selbstverständlich wollen wir diese Vorschläge gerne in den Prozess einbringen. Letztendlich gibt es dann im Jahr 2024 den „Summit of the Future“ mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, wo diese Ideen einfließen werden. Wir sind gebeten worden auf Bitte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, hier Beiträge zu leisten. Wir



haben unsere Vorschläge dort eingebracht und sie werden auch diskutiert. Mein Anliegen an Sie, aber auch an die Bundesregierung wäre, uns in diesem Prozess zu begleiten, um hier neue Ideen einzubringen.

Wir behaupten nicht, dass wir alle Antworten auf alle Fragen haben, aber wir glauben, dass wir umdenken müssen. Die Welt hat sich verändert. Es gibt nicht mehr hier einige reiche Länder, dort viele arme Länder, sondern es ist eine graduelle Abstufung, und alle Länder müssen hierzu beitragen, gerade in Bezug auf die globalen Anliegen, die grenzüberschreitend sind, wie Klima, wie die Pandemien. Sie können es aber auch anwenden auf andere Bereiche, wie Ernährungssicherung. Wir sind aber auch im Bereich der sozialen Sicherung angesprochen worden. Sie wissen vielleicht, es gibt den Vorschlag, ich glaube das ist auch in Ihrem Papier, die einen globalen Fonds zur sozialen Sicherung empfehlen. Das ist auch eine Möglichkeit, wo man das anbringen kann. Ich bin nach den Erfahrungen des Global Funds und auch nach den Prinzipien der GPI (Global Perspectives Initiative) von der Gruppe gefragt worden, die das durchführt, ob wir das anwenden können. Es gibt also für diese globalen Anliegen verschiedene Anwendungsmöglichkeiten dieser Prinzipien. Ich würde mich freuen, wenn Sie das auch in Ihre Beratungen mit aufnehmen könnten. Ganz herzlichen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Benn. Es gibt zahlreiche Anknüpfungspunkte, und ich denke, wir können ohne weitere Rede meinerseits in eine erste Fragerunde einsteigen, und deswegen bitte ich um Wortmeldungen. Drei bzw. vier Wortmeldungen habe ich schon gesehen. Dann würde ich sagen, machen wir die erste Fragerunde mit der Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, sich kurz zu fassen. Dann können wir umfangreichere Antworten erhalten. Ich habe folgende Mitglieder des Beirats gesehen: Herrn Gerschau, Herrn Gründer, Herrn Dr. Stefinger, Herrn Dr. Kraft, Frau Rudolph, Herrn Wagner, und ich habe mich selber auch noch auf die Liste gesetzt.

Abg. **Bernd Riexinger** (DIE LINKE.): Mich haben Sie noch vergessen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Okay, das

habe ich übersehen. Ich habe aus dem digitalen Format noch Frau Hagl-Kehl mit einer Wortmeldung. Fangen wir also mit Herrn Gerschau an und gehen dann einmal in der Runde herum mit der Bitte, sich kurz zu fassen.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Ja, gerne. Frau Dr. Grigat, Sie sprachen eben das Menschenrecht auf Ernährungssicherheit an. Sie sprechen aber in dem Papier, das Sie verteilt haben, davon, dass chemische Düngemittel reduziert werden müssten. Wir haben aber gerade wegen des Kriegs in der Ukraine eine Düngemittelknappheit, und das macht mir gerade im Hinblick auf die Ernährungssicherheit Sorgen. Haben Sie da eine Antwort, wo die fehlenden Düngemittel dann herkommen sollten? Zweitens, können Sie sich vorstellen, in welchen Bereichen eine Beteiligung der Privatwirtschaft, zum Beispiel im Energiebereich, zu nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit führen kann?

Und ich habe auch zwei Fragen an Herrn Dr. Benn. Sie haben das Ziel formuliert, den Zugang zu qualitativ hochwertigen Gesundheitssystemen auf der Welt zu verbessern. Wie können dabei gerade reproduktive Rechte und die Mutter-Kind-Situation gestärkt werden? Und die zweite Frage: Sie haben gerade Vorschläge gemacht für die Finanzierung der GPI. Sie setzen dabei immer nur auf staatliche Geber, von denen Sie sagen, dass es zu wenige gibt. Kann man nicht auch darüber nachdenken, große Stiftungen oder private Geber zu gewinnen?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Als Nächstes Herr Gründer.

Abg. **Nils Gründer** (FDP): Eine Frage an Frau Dr. Grigat: Vor dem Hintergrund globaler Gerechtigkeit würde mich interessieren, wie Sie das entwicklungspolitische Engagement besonders auch in Bezug auf die „Belt and Road-Initiative“ von China beurteilen?

Und dann eine Frage an Herrn Dr. Benn. Mich würde für uns als Parlamentarier interessieren, wie bringen wir Länder konkret dazu, sich zu engagieren, um mehr zu geben? Da waren ja schon ein paar Anregungen auf dem Tisch. Aber wenn Sie da vielleicht noch mal eine konkrete Handlungsempfehlung aussprechen könnten.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):



Dankeschön, Herr Gründer. Als Nächstes Herr Dr. Stefinger.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Vielen Dank für Ihre Vorträge und Ausführungen. Bei mir als Entwicklungspolitiker ergibt sich eine Vielzahl von Fragen, die sich dabei auftun. Das Ziel der Entwicklungspolitik oder auch der internationalen Zusammenarbeit in dem Bereich ist ja im Grunde, dass diese eigentlich irgendwann mal überflüssig wird. Das wäre ja das große Ziel. Vor diesem Hintergrund hatten Sie die SDGs angesprochen, Fr. Dr. Grigat. Wenn Sie jetzt mit den aktuellen Mitteln, also dem Status quo, eine Einschätzung abgeben müssten, wann würden wir denn die SDGs erreichen? Anders gefragt, welche Mittel wären notwendig, um bis 2030 die SDGs noch zu erreichen? Diese Frage finde ich einen ganz spannenden Punkt. Sie hatten auch die Investitionen angesprochen. Sie haben gesagt, dass diese nachhaltig und sozial sein müssten.

Haben Sie den Begriff „nachhaltig“ für sich bei VENRO auch definiert, was Sie genau dann auch drunter verstehen, und ob es irgendwelche Widersprüche oder irgendwelche Schwierigkeiten gegebenenfalls mit anderen Zielen gibt?

Sie haben die feministische Entwicklungs- bzw. Außenpolitik angesprochen. Wenn wir ehrlich sind, ist das ja nur ein neuer Name für verschiedene Dinge, die in der Vergangenheit schon angestoßen wurden. Es ist ja jetzt nicht so, dass in der Vergangenheit Frauen bei der Entwicklungspolitik irgendwie vernachlässigt worden wären, Stichwort „Schulbildung für Mädchen“, Stichwort „Mikrokredite an Frauen“ etc. Wo sehen Sie hier die neuen Anknüpfungspunkte oder überhaupt die neuen Ziele der Bundesregierung auch in Ihrer Arbeit?

Eine letzte Frage habe ich noch: Wie sehen Sie die Eigenverantwortung in den Ländern, Stichwort „gute Regierungsführung“, „Rechtsstaatlichkeit“ und „Demokratie“ und all diese Themen. Das ist ein ganz entscheidender Aspekt, wenn wir über Nachhaltigkeit diskutieren, dass wir hier auch entsprechende Aspekte wie „Demokratiebildung“, „Pressefreiheit“, alles was dazu gehört, auch mit ansehen. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Stefinger. Jetzt Herr Dr. Kraft.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Dankeschön. Eine kurze Vorbemerkung zu der angeblichen Zunahmen von Extremwetterereignissen. Der AR5 (Fifth Assessment Report) der IPPC (International Plant Protection Convention) sieht noch überhaupt keine Zunahme von Extremwetterereignissen. Wenn Sie schon Passagen aus dem Bericht der IPPC zitieren, dann vielleicht auch mit den Originalzitat. Ich widerspreche an dieser Stelle, beziehungsweise ich würde es gerne erklärt haben.

Zunächst an Frau Dr. Grigat gerichtet: Ich hätte gerne eine Erklärung, warum nur zwölf Prozent der Weltbevölkerung einen Zugang zu demokratischen Strukturen haben sollen. Also wenn ich mal im Kopf durchzähle, Indien hat in etwa 1,3 Milliarden Einwohner, Indonesien 300 Millionen, die USA 220 Millionen und Europa 500 Millionen. Wer aus den demokratischen Ländern hat aus Ihrer Sicht keinen Zugang, um dabei seinen Willen demokratisch Ausdruck verleihen zu können? Da würde ich um eine Erklärung bitten.

Zum Thema „Ungleichheit“. Man kann dem zustimmen, aber da müsste man in der jetzigen Situation mal ganz laut aufschreien, dass Europa, nicht nur Deutschland, gerade mit sehr viel Geld hergeht und anderen Ländern, insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländern, einfach das Gas wegkauft, das sogenannte LNG (liquefied natural gas). Wir kaufen das aus bestehenden Verträgen, inklusive Vertragsstrafen, von anderen Ländern. Das ist in den anderen Ländern auch nicht einfach nur Luxusgut für deren Industrie. Das wird dort einfach zum Kochen verwendet, und wenn sie es nicht haben, dann werden sie in den Wald gehen und den Wald dafür „in den Herd schieben“. Das ist in keiner Weise „Nachhaltigkeit“.

Zu der Frage, wie man Lieferketten sozial gerecht gestalten kann: Das ist im Prinzip sehr gut, aber wie soll das im Namen der Schwellen- und Entwicklungsländer funktionieren, wenn Sie beispielsweise sehen, dass Russland versucht, die Hand an die Getreidefelder der Ukraine zu legen und damit Russland allein schon ein großer Nahrungsmittellieferant ist? Das ist dort nicht durchführbar. In China ist das ganz analog. Wer soll das in China durchführen? Das klingt so, als ob der Import von Solarpanelen am Ende unter



Beachtung aller Dinge, die in dem Lieferkettengesetz geregelt sind, sozial gerecht und nachhaltig funktioniert. Ich bin mir nicht sicher, ob eine weitere Bereitstellung von Geldern, sei es jetzt für Klima oder andere Dinge, die von Deutschland getragen werden müssen, auch im Rahmen der SDGs nachhaltig sind. Deutschland ist bereits sehr hoch verschuldet. Viele Bürger haben eine sehr hohe Steuerlast zu tragen. Sie haben sehr große Existenzprobleme, da es bei ihnen selbst gerade Mal für Miete und Heizung reichen wird. Hier Steuergelder zu nehmen und zu sagen: „Das muss jetzt in einen Klimafonds gefüllt werden, und das wäre eine große Sache der Nachhaltigkeit“, da weiß ich nicht, ob die SDGs dann auch für die eigenen Bürger gelten. Ich weiß nicht, wie Sie erklären können, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt hier mehr Geld dafür aufbringen sollen. Dankeschön.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Herr Riexinger.

Abg. **Bernd Riexinger (DIE LINKE.):** Ja, erst mal vielen Dank für die interessanten Vorträge. Ich bin fast schon ein bisschen gehemmt, jetzt auch noch Fragen zu stellen, weil ich hoch gespannt bin, wie diese vielfältigen Fragen binnen der kurzen Zeit beantwortet werden können. Dennoch hätte ich an Herrn Dr. Benn eine Frage.

Ihr Finanzierungsmodell geht ja davon aus, dass es hauptsächlich um die Finanzierung von Staaten für Staaten geht. Ein Fonds, in den praktisch die Staaten entsprechend ihrer Möglichkeiten einzahlen und in dem dann auch alle beteiligt sind. Ich fand es ziemlich interessant, jetzt beim Club of Rome, der das ein bisschen beziffert hat, bei der ganzen Frage „Klimagerechtigkeit“ und bei der Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Das hat eine große Bedeutung gespielt. Das hat jetzt aber bei Ihnen gar keine Rolle gespielt. Also, der Club of Rome hat gesagt: „Wir werden jetzt die Klimakatastrophe nicht verhindern können, wenn die unteren Einkommensgruppen praktisch den Preis dafür bezahlen müssen“, weil ja die Unterschiede zwischen Reich und Arm immer weiter auseinandergelassen sind. Aber nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch in den Ländern selber. Daher haben diese gesagt, im Kern müssen die oberen zehn Prozent die Kosten bezahlen. Es würde mich schon interessieren, ob

es bei Ihren Überlegungen eine Rolle spielt. Wir haben es ja durchaus nicht mit gleichwertigen Beziehungen zwischen den Ländern zu tun und innerhalb der Länder auch schon gar nicht. Da gibt es ja ganz unterschiedliche Möglichkeiten, beispielsweise die Umverteilung von Reichtum, wo zum Beispiel reiche Länder in solche Fonds einzahlen müssen, die ja auch im Großen und Ganzen einen deutlich höheren ökologischen Fußabdruck haben.

An Frau Dr. Grigat hätte ich auch eine Frage. Es geht um das Verhältnis von Ernährungssicherheit zu Klima. Also was jetzt gerade der Vertreter der Fraktion der AfD eher abgestritten hat. Aber es ist unstrittig, dass wir uns schon inmitten der Klimakatastrophe befinden, was ja im Prinzip große Folgen für die Ernährung hat. Wenn wir große Überschwemmungen haben oder die Austrocknung von Böden oder das Ansteigen des Meeresspiegel vernichtet es ja in aller Regel landwirtschaftlich nutzbare Flächen. Ihr Konzept geht aber ganz stark davon aus, dass man praktisch in den Ländern selber durch lokale Landwirtschaft, das ist ja auch eine Verteilungsfrage, Ernährungssicherheit herstellt. Aber die Klimakatastrophe nimmt ja praktisch Millionen, wahrscheinlich Hunderten von Millionen Menschen gleichzeitig ihre Existenzgrundlage wieder weg.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich darf auf die Zeit hinweisen, Herr Riexinger.

Abg. **Bernd Riexinger (DIE LINKE.):** Meine Frage war, wie wir dieses Problem lösen. Ich bin im Unterschied zum Kollegen der Fraktion der FDP der Meinung, dass das schon auch etwas mit Kapitalismus und Wachstum zu tun hat und dass wir mit unserer Wirtschafts- und Lebensweise, die wir sehr grundsätzlich ändern müssen, wenn wir nicht in zehn Jahren wieder da stehen wollen wie heute, die Nachhaltigkeitsziele nicht erreichen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Frau Rudolph.

Abg. **Tina Rudolph (SPD):** Da würde ich mich gerne anschließen. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir machen einmal die Fragerunde. Ich habe mich schon von der Rednerliste gestrichen.



Abg. **Tina Rudolph** (SPD): Ich würde auch gerne an Sie, Herr Dr. Benn, eine Frage zum Global Public Investment stellen. Wir hatten im Unterausschuss „Globale Gesundheit“ schon die Gelegenheit, Ihren Ausführungen zuhören zu dürfen. Ich hatte auch hier schon kurz davon berichtet, und ich glaube, das Prinzip, das spricht in vielerlei Hinsicht für sich selbst. Sie haben auch Indonesien als gutes Beispiel zitiert. Die G20-Präsidentschaft bedeutet auch die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, selber „Agenda Setting“ zu betreiben. Das motiviert dann auch maßgeblich, sich finanziell zu beteiligen. Ich würde aber vielleicht gleich eine kritische Frage stellen. Was würden Sie denn jemanden antworten, der befürchten würde, dass durch eine Vergrößerung des Kreises derjenigen, die dann Mitbestimmen, wie beispielsweise in anderen Gremien wie der World Health Organization (WHO) ähnliche Stellvertreterkonflikte und eine angenommene Machtausdehnung und Beeinflussung hegemonialer Staaten auf andere Staaten oder Staatengruppen auftreten könnte oder ist es vielleicht sogar ein Mechanismus ist, zu zeigen, dass es eben auch anders laufen kann und dass in solchen Strukturen solche Einflussnahmen weniger eine Rolle spielen, wenn sich alle finanziell gleich beteiligen, aber eben dadurch auch Mitsprache erhalten?

Eine kleine Replik an den Kollegen Stefinger sei mir vielleicht auch noch gestattet. Man muss das auch mal hier machen dürfen. Das Problem an der feministischen Außenpolitik war in den letzten Jahrzehnten nicht, dass nicht über Frauen und Mädchen in Entwicklungszusammenarbeit geredet wurde. Was die derzeitige Regierung hier doch maßgeblich anders macht, ist, dass Frauen und Mädchen eben auch als Akteure wahrgenommen werden und ein Mitspracherecht haben und als Akteure hier zu Wort kommen. Bei allem was Ihre Partei im Bereich der globalen Gesundheit und der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren wirklich Gutes gemacht hat, das will ich ausdrücklich betonen, glaube ich, dass man hier schon eine Verschiebung sehen kann. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Als Nächstes Herr Wagner, und dann aus dem digitalen Format Frau Hagl-Kehl.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN): Ich spezifiziere eine bereits gestellte Frage, weil mich auch der Begriff der Entwicklungsländer an dieser Stelle auch ein bisschen stört. Daher noch mal die Frage: Es handelt sich ja oft um Länder, die bezüglich vieler Ressourcen sehr reich sind und die in Nachhaltigkeitsaspekten oder bezüglich CO₂-Emissionsaspekten schon oft besser sind als wir. Daher sind wir in Deutschland auch ein Entwicklungsland. Wenn wir uns auf die Nachhaltigkeitsziele berufen, haben wir viel zu tun, bis wir da am Ziel sind. Deswegen meine Frage auch ein bisschen in die Richtung von Herrn Stefinger. Wie müssten denn Lieferketten oder Handelsbeziehungen aussehen, damit Länder überhaupt gar keine Entwicklungshilfe mehr empfangen müssten und eben für diese natürlichen Ressourcen oder diese reichen Ressourcen oder Arbeitskräfte, die sie haben, angemessen bezahlt werden und dann vielleicht gar nicht mehr abhängig wären von Entwicklungshilfe. Also genau was Herr Stefinger meinte mit, „sich selbst überflüssig machen“ und der Frage, wie Lieferketten aussehen müssten, damit das Realität werden könnte.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Wagner, und jetzt nehme ich Frau Hagl-Kehl dran. Sie ist online dazu geschaltet. Mal schauen, ob das funktioniert.

Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Herzlichen Dank. Können Sie mich hören?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wunderbar. Ja, es funktioniert bestens.

Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Dankeschön. Frau Dr. Grigat, Sie haben mir aus der Seele gesprochen. Das muss auch mal gesagt sein. Ich bin ja im Bereich der Landwirtschaft unterwegs. Daher habe ich zwei Nachfragen.

Als erstes geht es um darum, die Ernährungssouveränität zu gewährleisten. Wie stellen Sie sich das genau vor, was müssen wir unternehmen, damit sich die anderen Länder selber ernähren können? Das ist etwas, das ich auch sage. Wir sollten nicht die Welt ernähren. Wie können wir gewährleisten, dass sich diese Länder selber ernähren können? Sie haben ja auch das Thema „Düngemittel“ etc. angesprochen. Da gehört auch noch mehr dazu, was wir unternehmen müssen, damit eben auch überall



das Wasser vorhanden ist oder
Bewässerungssysteme und solche Dinge.

Das Zweite schließt eigentlich an dem an, was Herr Wagner gerade gesagt hat, das Lieferkettengesetz. Sie haben es erwähnt, und Sie haben auch gesagt, es soll eingehalten werden. Sind Sie der Meinung, dass das deutsche Lieferkettengesetz ausreichend ist? Als wir es letztes Jahr verabschiedet bzw. verhandelt haben, wurde mir von zahlreichen Stellen gesagt, zum Beispiel auch von der katholischen Kirche oder überhaupt von den Kirchen, dass das Gesetz nicht ausreichend ist. Es war bei uns damals auch ein Kompromiss, mehr war nicht umsetzbar in der Großen Koalition. Vielleicht haben Sie hier auch konkrete Vorschläge, wie wir das Lieferkettengesetz noch verbessern könnten? Ich habe damals auch immer gesagt, dass ich weiß, dass es nicht ausreichend ist. Aber es ist ein erster Schritt, und deswegen wäre es auch für uns gut, wenn wir vielleicht in dieser Legislaturperiode hier noch Verbesserungen machen können. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Fragen. Ein sehr bunter Blumenstrauß. Ich schau mal zu Ihnen beiden und frage mich gerade, wer beginnen möchte. Frau Dr. Grigat, wollen Sie beginnen? Bitte schön.

Sachverständige **Dr. Sonja Grigat** (Referentin Globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung, VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.): Das mache ich gerne. Vielen Dank für diese vielen und differenzierten Fragen, die ich hoffe, zumindest ansatzweise beantworten zu können. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, ich sehe, es ist schon 18:45 Uhr, versuche ich nicht, einzelne Antworten zu geben, sondern mehr Komplexe zu bilden und würde als erstes auf die Transformation der Ernährungssysteme eingehen. Da schließen sich ja unterschiedliche Aspekte an, die Sie in Ihren Fragen genannt haben. Nämlich, wie kann das Recht auf Ernährung gesichert werden? Wie kann Ernährungssouveränität möglichst erreicht werden? Wie ist das mit der Klimaresilienz oder dem Verlust der Böden durch den Klimawandel usw.?

Aus unserer Perspektive ist es so, dass die

Transformation der Ernährungssysteme jetzt angegangen werden muss. Aber natürlich ist das ein mittel bzw. langfristiger Prozess. Das heißt, alle Politik, die jetzt umgesetzt wird, müsste genau dieses Ziel verfolgen. Die kurzfristigen Ausfälle zum Beispiel der Düngemittel sind natürlich ein riesen Problem, weil viele landwirtschaftliche Akteure im globalen Süden tatsächlich auf Export ausgelegt sind und eine Ausbeutung der Böden über Düngemittel über die letzten Jahrzehnte angetrieben haben. Das heißt, dieses System ist definitiv an seine Grenzen gestoßen, und es muss jetzt etwas passieren, dass hier eine Transformation stattfinden kann. Die Anhängigkeiten von Dünger können durch Bodenrenaturierung und Reformen der Bodenbewirtschaftung natürlich deutlich verringert werden, und hier sind agrarökologische Ansätze oder Ansätze, die Nachhaltigkeit in der landwirtschaftlichen Entwicklung und Nutzung vorantreiben, definitiv zu präferieren im Gegensatz zu industrieller Produktion, die immer einen sehr hohen Einsatz von Düngemitteln erfordert, um die entsprechenden Outputs zu generieren. Insofern wäre unser Ansatz, diese nachhaltigen Systeme lokal zu fördern. Das bedeutet natürlich auch, und hier komme ich jetzt zum Recht auf Nahrung in der Ernährungssouveränität, dass die Wirtschaftsstrukturen lokal entsprechend ausgebaut werden müssen, sodass Kleinbauern und die bäuerliche Landwirtschaft ein System schaffen, um vor Ort zu produzieren. Das heißt, die Menschen produzieren für Menschen vor Ort und eben nicht mehr primär für den Export. Das bedeutet natürlich, dass sich die Lieferketten global auch für uns entsprechend verändern. An dieser Stelle vielleicht der Blick auf das Lieferkettengesetz. Das Lieferkettengesetz hat einige Schwachpunkte, insbesondere aus unserer Perspektive, welche Unternehmen überhaupt einbezogen werden und welche Verantwortung und Haftung es überhaupt gibt. Also, das wären so die zwei Punkte, die, wenn Sie noch mal an das Gesetz rangehen, wir auf jeden Fall reformiert sehen wollen. Insofern müsse man die Ernährungssituation durch Transformation der Ernährungssysteme erreichen. Das zu diesem Thema.

Hier schließt natürlich das Thema „Kohärenz“ ganz gut an. Da wurden von Ihnen ja einige



Beispiele genannt, wo die Bundesregierung bzw. Deutschland auch nicht besonders kohärent handelt. Wir fordern daher, dass die Abstimmung sowohl im Bundestag als auch in der Bundesregierung deutlich kohärenter sein muss. Dass es bestimmte Trade-Offs gibt, das schließe ich auch überhaupt gar nicht aus. Und die aber genau anzugucken und zu schauen, welche Effekte haben denn dann unsere Entscheidungen und könnten wir sie eventuell sogar abmildern, das ist sozusagen der Knackpunkt an der ganzen Sache. Und hierbei ist die Nachhaltigkeitsstrategie, für die Sie ja auch zuständig sind, ein Instrument. Dass man vielleicht nicht das gesamte Regierungshandeln auf einmal im Blick haben kann, das ist klar. Aber zumindest eine Strategie können Sie im Blick haben, und hier können Sie genau gucken, welche Effekte unser Handeln extern hat. Und das können Sie auch über ein Monitoring überprüfen, denn es gibt ja die Indikatorenberichte.

Auch bei den Themen „Kohärenz“ und „Transformation“ allgemein, geht um Investitionen. Grundsätzlich sind wir sehr für private Investitionen in Entwicklungsländern. Natürlich gerne von lokalen Unternehmerinnen und Unternehmen, aber natürlich auch ausländische Direktinvestitionen, auch von deutschen Unternehmen. Was wir allerdings beobachten, insbesondere auch bei von der Bundesregierung geförderten Private Public Partnership-Projekten, ist, dass die Entwicklungswirkung einfach ein bisschen zu wünschen übrig lässt. Das haben die letzten Evaluierungen des DEval (Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit) auch ergeben, dass die Armutsbekämpfungseffekte der geförderten Projekte minimal waren, und hier könnte man deutlich noch mal nachsteuern. Wenn man Investitionen tätigt, dann wäre es sinnvoll, diese an soziale, ökologische und menschenrechtliche Kriterien zu binden, damit man letztlich die Wirkung auch sehen kann, was mit unserem Geld vor Ort passiert. Es soll ja auch nicht verpuffen. Es sind eben auch Steuermittel, die wir da einsetzen und natürlich wollen wir das erreichen, was unser Ziel ist, nämlich Menschen aus Armut und Hunger zu holen.

Dann vielleicht noch ein Punkt, nämlich zu den

Themen „Eigenverantwortung“ und „Shrinking Spaces“. Das ist natürlich ein absolut wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit, dass die Eigenverantwortung und die Beteiligung der Menschen vor Ort gestärkt werden. Da geht es natürlich um Demokratieförderung. Da geht es aber natürlich auch darum, in formalen oder in nicht so gut funktionierenden Demokratien Menschen in ihren Partizipationsaktivitäten zu unterstützen. Indien wurde zum Beispiel genannt, die Philippinen kann man nennen, Indonesien und eine Reihe von afrikanischen Ländern. Die haben formal demokratische Strukturen, aber in der Praxis funktionieren die nicht so super gut wie bei uns. Sie haben bestimmte Defizite, wo zum Beispiel Menschenrechtsverteidiger eingeschüchert werden, Menschen über digitale Tools usw. an ihrer Partizipation behindert werden, weil sie dort eingeschüchert werden. Es gibt eine ganze Reihe von Instrumenten, die von Regierungen eingesetzt werden, um Menschen abzuhalten, sich aktiv zu beteiligen, und hier müssen wir auf jeden Fall aktiver werden, um dieses sehr wichtige Instrument der Demokratie und der zivilgesellschaftlichen Partizipation für die Nachhaltigkeit einzusetzen. Ich glaube, die wichtigsten Punkte habe ich jetzt abgearbeitet. Wenn ich etwas vergessen habe, fragen Sie gerne noch mal nach. Dankeschön.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank Frau Dr. Grigat. Herr Dr. Benn, Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Dr. Christoph Benn** (Director Global Health Diplomacy, JOEP LANGE INSTITUTE, Schweiz): Herzlichen Dank für viele sehr gute Fragen. Ich versuche, auch ein bisschen Fragen zusammenzufassen. Zunächst zu Herrn Gerschau zum Thema „reproduktive Gesundheit“, „reproduktive Rechte“. Das ist ganz klar ein Kernbereich. Wir werden nicht die Ziele des universellen Zugangs zu Gesundheitsdiensten erreichen, wenn wir gerade diesen Bereich nicht angehen. Wir wissen auch, dass gerade Frauen und Kinder besonders unter der gegenwärtigen Situation leiden, wo viele dieser Gesundheitsdienstleistungen gar nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können und deshalb ganz besondere Unterstützung brauchen. Das ist ganz unbenommen.

Kurz zu der Frage der privaten Geber. Ich bin



grundsätzlich dafür sehr offen. Der Globale Fonds ist eine Public Private Partnership, und wir haben natürlich immer Geld von privaten Gebern eingeworben. Das waren ungefähr sechs Prozent. Wenn Sie jetzt die Initiative ACT-A nehmen, war es eigentlich erschütternd, wie gering die Beiträge vom Privatsektor waren, obwohl wir alle wissen, wie COVID die gesamte Wirtschaft belastet hat. Das war eher ernüchternd. Ich würde mal sagen, ich habe hierzu eine pragmatische Einstellung. Ich heiße das sehr willkommen. Ich sehe aber den Beitrag der Privatwirtschaft eher im Bereich Innovation und Technologie, und wenn sie finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, ist es gut, aber wir werden die globalen Probleme nicht dadurch lösen, sondern wir sind dabei auf staatliche Unterstützung angewiesen, und das andere ist dann komplementär.

Sie haben im Grunde die ganz große Frage gestellt. Wie können wir Länder dazu bringen, mehr zu geben? Das ist die Frage, die uns hier im Institut jeden Tag umtreibt, und ich würde darauf vielleicht drei Aspekte nennen. Ein Aspekt ist politisch. Beispielsweise in Indonesien. Wir haben intensiv mit Indonesien zusammengearbeitet. Ein Grund, warum sich Indonesien mit 50 Millionen Dollar für diesen Pandemie Fonds so engagiert hat, liegt darin, dass sie die G20-Präsidentschaft innehatten. Das heißt, sie wollten politisch signalisieren, „Wir sind Teil davon“. Die nächsten G20-Präsidentschaften sind Indien, Brasilien und dann Südafrika. Wir wollen in der Tat das Momentum ausnutzen, damit diese Länder zeigen können, dass sie wirklich dabei sein wollen. Das ist ein Aspekt. Aber gehen wir jetzt mal von diesen Ländern weg und gehen zu Ländern Osteuropas, die ich genannt habe. Wo in vielen Ländern kaum Beiträge geleistet werden, ob zu AIDS oder zu internationalen Organisationen, das sind Länder hohen Einkommens. Ich habe versucht, diese Länder anzusprechen. Es gibt oftmals kaum Ansprechpartner. Und wenn wir jetzt mal die Parlamente nehmen. Ich habe im Laufe meiner Karriere viele Parlamentarierreisen organisiert und begleitet, sodass Sie im Bundestag oder im US-Kongress oder in anderen Ländern konkret vor Ort sehen können, was passiert eigentlich mit diesen Mitteln. So etwas gibt es gar nicht in vielen anderen Länder, zum Beispiel in Osteuropa. In den Ländern, wo wir das gemacht haben, weil es übers Europaparlament ging und

dann Parlamentarier von diesen Ländern dabei waren, waren die unmittelbar beeindruckt davon. Man konnte sie sozusagen dafür engagieren. Die haben gesagt, „Hey, das ist ja tatsächlich wichtig. Das ist interessant, vielleicht sollten wir das mal bei uns auch aufnehmen“. Da könnten Sie auch als Parlamentarier eine Rolle als Vermittler innehaben. Wir müssen über die Parlamente gehen, und genauso gilt es natürlich auch für die Bundesregierung. Auch die kann in diesen Ländern das Thema ansprechen, denn es ist notwendig, dass alle Länder nach ihren Möglichkeiten ihre Beiträge leisten.

Ich fasse an dieser Stelle verschiedene Fragen zusammen. Auch die von Ihnen, Herr Riexinger. Ihre Frage war, ob wir dadurch die ganz wohlhabenden Länder eigentlich aus der Verantwortung lassen? Nein, darum geht es nicht, sondern es ist in der Tat eine Art „fair share“. Die reichsten Länder sollen nach ihrer Möglichkeiten höhere Beiträge leisten. Aber es heißt eben nicht, dass andere Länder keine Möglichkeiten haben. Sie sollten nach deren Möglichkeiten beitragen. Das wird sozusagen das Gesamtvolumen dann erhöhen. Das führt aber zu der Frage, die Frau Rudolph eben ansprach, wie soll das in den Gremien aussehen? Wir argumentieren, dass es über Stimmgruppen gehen muss. Wir stellen uns nicht vor, dass es sozusagen eine Weltgesundheitsversammlung bzw. eine Vollversammlung der Vereinten Nationen ist, wo alle Länder einfach einen Sitz, eine Stimme haben. Wir müssen die Balance finden zwischen Mitspracherecht auf der einen Seite, aber auch effizienter Entscheidungsfindung auf der anderen Seite. Das geht aber, dafür gibt es Modelle. Sie können das sozusagen über Stimmrechtsgruppen arrangieren. Aber in diese Stimmrechtsgruppen kommen nur die Länder, die tatsächlich auch Beiträge nach ihren Möglichkeiten einzahlen. Das kann sein, dass Frankreich beispielsweise 100 Millionen zahlt und Togo zahlt 0,5 Millionen. Das ist jetzt nur ein Beispiel, das aus der Luft gegriffen ist. Es können auch andere Zahlen sein. Der Punkt ist, wenn auch die Länder niedrigeren Einkommens ihren Beitrag leisten, müssen diese Zugang zur Entscheidungsfindung haben. Diese können sich dann in Stimmgruppen aufteilen. Ein Land kann dann für diese Stimmgruppe das Stimmrecht wahrnehmen. Das lässt sich in einer modernen Form organisieren. Es gibt



Organisationen, die diese Art eines Entscheidungsgremiums innehaben. Auch das Gremium für den Pandemiefonds nähert sich sozusagen dieser Struktur, die wir hier vorschlagen. Darum haben sie derzeit auch Indonesien und Ruanda sozusagen als „Co-chairs“.

Die Frage von Ihnen, Herr Wagner, ist auch eine große Frage, über die man natürlich lange sprechen könnte. Ich will versuchen, das an einem Beispiel kurz zu beantworten. Uns ist allen noch die COVID-Pandemie präsent. Die Frage der Impfstoffgerechtigkeit sozusagen und welche Länder Zugang zu den Impfstoffen hatten, die dann auf den Markt kamen. Da waren ja fast alle Länder und viele Regionen sehr frustriert. Für manche Länder war die Konsequenz, dass sie sich nicht darauf verlassen können, dass in einigen Ländern bzw. in einigen Firmen diese Impfstoffe hergestellt werden, sondern dass diese Länder unabhängig und selbstständig werden wollen. Und das ist dann keine Frage der Entwicklungshilfe mehr, sondern es müssen Strukturen her, wo das umgesetzt werden kann.

Ich spreche an dieser Stelle jetzt zwar über „Global Public Investment“, aber ich kann auch genauso gut über „Regional Public Investment“ sprechen. Und da sind wir im konkreten Gespräch. Nehmen wir beispielsweise Lateinamerika unter der Führung von Mexiko. Die versuchen, das anzuwenden. Diese Länder sagen, dass, wenn diese Länder Lateinamerikas in einen Pool, in einen Topf einzahlen und daraus wird sozusagen Impfstoffentwicklung und -herstellung gefördert, dann werden alle davon profitieren. Das wäre ein konkretes Beispiel von „Global Public Investment“, aber auch auf der regionalen Ebene.

Dasselbe haben Sie in Indonesien und in Asien. Diese Länder können sich zusammentun, sie zahlen ein und sie profitieren davon, weil sie dann auch direkter die Kontrolle haben über die Vorteile, die sie daraus ziehen. In Afrika gibt es verschiedene Ansätze in Bezug auf die Herstellung von Medikamenten, von Impfstoffen, die dann auch international unterstützt werden können, aber wo es auch darauf ankommt, dass die afrikanischen Länder ihre Möglichkeiten mit einbauen. Das wäre vielleicht ein Beispiel, dass das eigentliche Konzept der Entwicklungshilfe auflöst. Es geht darum, wie wir international dazu

kommen, dass wir den universalen Zugang zur Gesundheit haben, auch zu den Medikamenten, zu den Impfstoffen, aber eben auch im Klimabereich.

An dieser Stelle vielleicht noch das allerletzte Wort zu Herrn Riexinger. Sie haben natürlich einen richtigen Punkt genannt. Es gibt einen Unterschied zwischen Gesundheit und Klima. Wenn eine Pandemie passiert, dann ist niemand direkt daran schuld. Ein Virus taucht auf, und das müssen wir bewältigen. Bei Klima haben natürlich viele Länder des globalen Südens berechtigterweise die Einstellung, dass diese zum CO₂-Ausstoß extrem wenig beigetragen haben, aber am meisten darunter leiden. Daher fragen sie sich, weshalb sie zahlen sollten. Da würde ich dem durchaus zustimmen. Das muss sehr stark gestaffelt bzw. verhandelt werden. Die Erwartung, dass alle Mittel für die Klimaanpassung von wenigen reichen Ländern kommt, wird so auch nicht funktionieren. Das heißt, es muss schon auch eine internationale Anstrengung sein, die aus den Ländern selber kommen muss. Aber ich gebe in diesem Fall absolut zu, dass natürlich die reichsten Länder in der Verantwortung sind, um hier die Hauptlast zu tragen, sonst wird nicht viel passieren. Dankeschön.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Benn. Damit ist die erste Frage- und Antwortrunde abgeschlossen. Mit Blick auf die Uhr schlage ich vor, dass wir keine zweite komplette Runde machen, sondern dass wir es noch ermöglichen, konkrete Nachfragen zu den gegebenen Antworten zulassen und das sozusagen im „Eins zu Eins“-Verfahren. Also eine Frage ergibt eine Antwort, wenn so etwas noch im Raum sein sollte. Ich schau mal in die Runde. Gibt es zu den gegebenen Antworten Nachfragen? Jetzt war ein Bruchteil einer Sekunde Herr Riexinger schneller. Herr Riexinger, bitte eine Frage und dann eine Antwort.

Abg. **Bernd Riexinger (DIE LINKE.):** Ich hätte noch eine Nachfrage an Frau Dr. Grigat. Sie haben die Frage zwischen „Ernährungssicherheit“ und „Klimakatastrophe“ nicht beantwortet. Das wird nach meiner Auffassung ja eines der größten Probleme sein, also dass die befürchteten Verteilungskämpfe um Ernährung durch die Klimakatastrophe erheblich vergrößert werden und wir da, mit den reinen Instrumenten von



Hilfe oder Entwicklungshilfe, nicht weiter kommen, wenn nicht bestimmte Grundlagen der Wirtschafts- und Lebensweise geändert werden.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Frau Dr. Grigat.

Sachverständige **Dr. Sonja Grigat** (Referentin Globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung, VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.): Ja, das stimmt natürlich, dass unser Wirtschafts- und Konsumsystem vor allen Dingen sehr dazu beiträgt, dass die Welt ist wie sie ist und dass der Klimawandel fortschreitet, wie er ist. Wenn ich ganz ehrlich bin, ich sehe nicht, dass wir das System ändern. Wir können an bestimmten Stellschrauben etwas nachjustieren. Einen kompletten Systemwandel sehe ich in mittelfristiger Zeit nicht. Das wäre sehr schön und wir sollten alles daran setzen, das in Gang zu setzen.

Ich hatte das Beispiel der Ernährungssysteme gebracht. Mit Blick auf die Klimafolgen für die Ernährungssicherung sind die natürlich gravierend. Gerade in Ostafrika sehen wir, dass dort gerade die schlimmste Dürre seit vierzig Jahren herrscht. Das ist durch den Klimawandel bedingt, aber natürlich auch durch dieses regelmäßig wiederkehrende „El Niño“-Phänomen. Dort verhungern die Menschen. Unsere Ansätze sind natürlich, die lokale Landwirtschaft zu stärken, auch mit lokalen Sorten, mit klimaresistenten Pflanzen. Das wird wahrscheinlich nicht reichen, deshalb ist unser Petition ja auch hier mehr Geld, auch wenn das manchmal in Zweifel gezogen wird, hier mehr Geld auch für die Klimaanpassung und den Umbau für eine klimaresiliente Wirtschaft beizusteuern. Das wäre schon eine große Hilfe für viele Länder, die besonders vom Klimawandel betroffen sind.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Dann Herr Dr. Kraft.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Dankeschön. Ich würde gerne Herrn Dr. Benn noch etwas fragen. Ich glaube, Ihr System verstanden zu haben, wie es gedacht ist, aber ich würde mich fragen, wo denn der Optimismus herkommt, dass Nehmerländer bei Herbeiziehung zu Zahlungen

sich aufgrund des Finanzbedarfs nicht doch erhoffen, höhere Mittel aus dem Fonds zu erhalten und dadurch sozusagen der „Break-Even“ für diese Nation nicht im Vordergrund steht. Woher nehmen Sie den Optimismus, dass es so nicht ist?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Herr Dr. Benn.

Sachverständiger **Dr. Christoph Benn** (Director Global Health Diplomacy, JOEP LANGE INSTITUTE, Schweiz): Für viele Länder besteht die Erwartung, dass, wenn sie in einen Fonds einzahlen, mehr daraus herausbekommen werden, wenn es sich um ein armes Land handelt. Das ist die berechnete Erwartung für arme Länder. Gehen wir noch mal auf das Beispiel Indonesien. Hier ist es so nicht direkt. Indonesien hat nicht gesagt, sie geben 50 Millionen, wenn sie sicher sind, dass sie mindestens 50 Millionen herausbekommen, sondern sie haben gesagt, dass sie das reingeben, weil es Teil ihrer globalen Verantwortung ist, und sie möchten, dass dieser Fonds möglichst groß ist. Ich bin in Indonesien gewesen, habe dort diskutiert und habe dort gefragt, was sie denn herausbekommen wollen? Die haben gesagt, sie wollen, dass ihre primären Gesundheitssysteme so gestärkt werden, dass sie dann für zukünftige Pandemien und den Klimawandel besser vorbereitet sind. Das ist deren Erwartung. Es ist jetzt aber keine Verknüpfung. Sie sagen also nicht, dass sie etwas einzahlen und mindestens das gleiche wieder raus holen wollen.

Es gab eine Frage zu China. China ist hier ein besonderer Faktor. Mit China sind wir durchaus im Gespräch. China geht es natürlich mehr darum, dass sie wahrgenommen werden wollen als ein wichtiger Player, auch in dieser Entwicklungsfinanzierung, aber sie sagen auch immer, dass sie unser Modell der Entwicklungshilfe ablehnen. Das sei etwas, das hätten westliche Staaten mal erfunden, und dazu wollten sie nicht beitragen. Aber sie wollen durchaus etwas zu gewissen Entwicklungsproblemen der Länder, auch des globalen Südens, beitragen. Ich denke, das ist auch eine Chance, hier in einen politischen Dialog zu kommen. Es gibt genügend Spannungsfelder mit Ländern wie China, aber in diesem Bereich, beispielsweise Gesundheit und Klima, kann man in diesen Dialog kommen. Es ist nicht sozusagen



„eins zu eins“ zu verstehen, wir zahlen das ein, wir zahlen das aus, sondern es geht schon um die Frage der globalen Solidarität, wo alle angesprochen sind, ihren Teil zu leisten. Natürlich ist China mit seiner Wirtschaftskraft hier ganz besonders angesprochen. Ich glaube aber, sie müssen anders angesprochen werden, als das bisher der Fall ist, und dann gibt es auch eine Chance, sie hier einzubinden.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Benn. Weitere Wortmeldungen nach konkreten Nachfragen zu gegebenen Antworten liegen mir nicht vor. Mir scheint, dass sehr viel Motivation auch global unterwegs ist.

Ihre letzten Ausführungen deuten darauf hin, dass es jenseits der finanziellen Fragen ja auch strukturelle organisatorische Mehrwerte sind, die man sich erhofft, und das gibt immerhin doch eine ganz ordentliche Motivation. In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen ganz herzlich. Das war ein sehr gutes Fachgespräch. Vielen herzlichen Dank.

Ich beende die öffentliche Sitzung und unterbreche für fünf Minuten. Anschließend werden wir mit dem nicht-öffentlichen Teil fortfahren. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 19:07 Uhr

Helmut Kleebank, MdB

Vorsitzender

VENRO-Beitrag zum Thema „Internationale Verantwortung und Entwicklung“ beim Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestags am 19. Oktober 2022

Herausforderungen für die internationale Verantwortung und Entwicklung

Die Welt steht vor großen Herausforderungen mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der Ziele der Agenda 2030. Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie haben die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit weltweit weiter wachsen lassen. Der rasch fortschreitende Klimawandel, andauernde Konflikte und der Krieg in der Ukraine werden die Ernährungssituation von Millionen Menschen nochmals verschärfen. Derzeit leiden nach Schätzungen der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) 828 Millionen Menschen an Mangelernährung und akutem Hunger. Gleichzeitig hat die Pandemie selbst wie auch die Folgen der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung schwere Auswirkungen auf die ohnehin schon fragilen Gesundheitssysteme und die bislang erzielten Erfolge zur Erreichung von SDG 3 gehabt. Vor der Pandemie waren deutliche Fortschritte in den Bereichen reproduktive, Mütter- und Kind-Gesundheit sowie Immunisierung und Behandlung von übertragbaren Krankheiten zu verzeichnen. Die Effekte des Klimawandels belasten die Ernährungs- und Gesundheitssituation weltweit. Der IPCC zeigt deutlich auf, dass die aktuelle Politik auch zukünftig zu steigenden Treibhausgasemissionen führen und damit Dürren sowie Extremwetterereignisse gerade die am meisten von Armut betroffenen Länder besonders in ihrer Entwicklung treffen werden. Darüber hinaus wird der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement für Nachhaltigkeit, Demokratie, Frauenrechte und den Schutz der Menschenrechte sowie marginalisierter Gruppen weltweit immer kleiner. Laut des Atlas der Zivilgesellschaft 2022 leben nicht einmal zwölf Prozent der Weltbevölkerung in Staaten, in denen Menschen weitgehend ungehindert ihre Meinung sagen, sich versammeln und gegen Missstände protestieren können.

Um die Ziele der Agenda 2030 angesichts dieser Entwicklungen dennoch zu erreichen und um dem komplexen Zusammenspiel, insbesondere der Bereiche Klima, Gesundheit und Ernährung gerecht zu werden, bedarf es aus unserer Perspektive folgender Maßnahmen:

- Das Prinzip „niemanden zurücklassen“ muss endlich durch geeignete Maßnahmen umgesetzt werden, unter anderem durch die Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Ihre Überarbeitung muss deshalb die internationalen Effekte, insbesondere auf die am meisten von Armut betroffenen Länder in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass auch über die Strategie eine kohärentere deutsche Politik erreicht wird.
- Eine feministische Entwicklungspolitik muss konsequent und kohärent umgesetzt werden. Sie kann mit ihrer Zielsetzung, die gleiche politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten, somit auch zu mehr Nachhaltigkeit in der Welt beitragen. Transformative Ansätze zur Stärkung individueller Handlungsräume, zur Veränderung von Beziehungen zwischen Menschen und zum Abbau diskriminierender Strukturen und Normen sind hier entscheidend.
- Die deutsche Nachhaltigkeitsgovernance muss deutlich gestärkt und auf mehr Kohärenz ausgelegt werden. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung muss zu einem regulären Ausschuss des Bundestags aufgewertet werden. Aber auch die Gesetzesfolgenabschätzung muss verbessert und geeignete neue Indikatoren müssen in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden, um die internationalen

Auswirkungen deutscher Politik gezielter hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkung erfassen zu können.

Mit Blick auf die oben genannten drei zukunftsrelevante Nachhaltigkeitspolitikfelder – Ernährung, Gesundheit und Klima – möchten wir folgende Vorschläge unterbreiten:

Ernährungssicherung und nachhaltige Ernährungssysteme

Über Jahrzehnte haben die Staaten eine Welternährungsstrategie verfolgt, die abhängig von globalen Nahrungsmittellieferketten ist. Lokale und regionale Produktions- und Handelskapazitäten wurden nur unzureichend auf- und ausgebaut. Das bisherige System ist anfällig für Klimawandelfolgen und Naturkatastrophen, Pandemien und Kriege. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben die Fragilität dieser Strategie abermals deutlich vor Augen geführt.

Die globalen Ernährungssysteme müssen resilienter, gerechter und nachhaltiger werden. Die Ernährungssouveränität muss dabei gestärkt werden und das Menschenrecht auf Nahrung verwirklicht. Abhängigkeiten in den Wertschöpfungs- und Lieferketten müssen transformiert und damit lokalisiert werden, um insbesondere die Ernährungssituation in den am meisten von Armut betroffenen Ländern zu verbessern. Abhängigkeiten, vor allem von Nahrungsmittelimporten, aber auch von chemischen Düngemitteln sowie kommerziellem Saatgut in den Lieferketten müssen reduziert werden.

Wir begrüßen, dass die Regierungsparteien die Ernährungssicherung verbessern und nachhaltige Anbaumethoden, wie agrarökologische Ansätze, sowie den Wissens- und Technologietransfer in der (klein)bäuerlichen Landwirtschaft unterstützen. Die nachhaltige Transformation der Landwirtschaft und der Ernährungssysteme für mehr Resilienz muss durch gezielte Investitionen vorangetrieben werden, die vor allem (klein)bäuerliche Betriebe und nachhaltige Ansätze im Anbau unterstützen, die sozialkompatibel und klimaschonend sind.

Anpassung an und Minderung der Folgen des Klimawandels

Der Klimawandel hat gravierende Auswirkungen auf die Lebens-, Gesundheits- und Ernährungssituation von Millionen von Menschen. Für diese ist es deshalb überlebenswichtig, dass die Ziele des Pariser Abkommens erreicht und gezielte Maßnahmen zur Anpassung und Minderung umgesetzt werden. Hierfür sind vor allem mehr finanzielle Mittel notwendig. Wir halten einen Anstieg der deutschen Haushaltsmittel für die internationale Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro pro Jahr bis 2025 durch neue und zusätzliche Mittel für notwendig. Hinzu kommen konkrete neue und zusätzliche Zusagen für Mittel zum Umgang mit Schäden und Verlusten (über die Zusagen für Minderung und Anpassung hinaus). Entsprechend sollte das neue Klimafinanzierungsziel (NCQG) für die Zeit ab 2025 sowohl Anpassung und Minderung als auch die finanziellen Bedarfe der verwundbaren Länder bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten berücksichtigen.

Mit Blick auf Maßnahmen der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit sowie Finanzierungen von multilateralen Geberorganisationen halten wir es für wichtig, auf integrierte Programme (Wasser- und Ernährungssicherheit, Schutz der Biodiversität, Geschlechtergerechtigkeit usw.) hinzuwirken, um den systemischen Folgen des Klimawandels gerecht zu werden. Die Anzahl der Klima- und Energiepartnerschaften, darunter Just Energy Transition Partnerships (JETPs), sollten ausgeweitet werden, um insbesondere Ländern in Afrika ein attraktives Angebot für die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien zu machen. Klima- und

Energiepartnerschaften müssen sich dabei an verbindlichen ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und eine frühzeitige und umfangreiche Einbeziehung der nationalen Zivilgesellschaft gewährleisten

Gesundheit

COVID-19 stellt immer noch eine bedeutende Belastung der schwachen und unterfinanzierten Gesundheitssysteme in den am stärksten von Armut betroffenen Ländern dar. Die sozialen und ökonomischen Folgen haben das Ziel, für alle Menschen eine universelle Gesundheitsversorgung zu erreichen stark zurückgeworfen. Deshalb ist es notwendig, noch gezielter die (lokalen) Gesundheitssysteme in Ländern mit niedrigem Einkommen zu unterstützen. Hierzu zählt auch die Aus- und Fortbildung sowie die nachhaltige Finanzierung von Personal, insbesondere im Bereich der Basisgesundheitsversorgung (Community&Animal Health Workers). Um die Lücke an Pflegepersonal in Deutschland zu füllen, soll die neue Bundesregierung laut Koalitionsvertrag auf einen verstärkten Zuzug aus anderen Ländern setzen. Dies darf keinesfalls auf Kosten der Gesundheitsversorgung der Herkunftsländer geschehen.

Programme, etwa zur Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten, Immunisierungskampagnen, Schwangerenvorsorge, Langzeitbehandlungen von TB, HIV/AIDS und chronischen Krankheiten sowie der Zugang zu Kontrazeption, müssen schnell wieder hochgefahren, damit bisherige Erfolge nicht vollständig zunichte gemacht werden. Aber auch der Zugang zu geeigneten Diagnostika, Medikamenten und Impfstoffen gegen COVID-19 sowie andere Infektionskrankheiten muss deutlich verbessert werden. Hierfür ist es notwendig, neue, verbesserte und bezahlbare Medikamente und Diagnostika auf den Markt zu bringen und lokale Produktionsstätten aufzubauen. Sinnvoll wäre eine Aussetzung von Verpflichtungen des TRIPS-Abkommens, um die Produktion von Impfstoffen, vor allem von modernen mRNA-Impfstoffen gegen COVID-19, im globalen Süden zu fördern. Mit Blick auf die Pandemieprävention ist die Umsetzung eines One Health-Ansatzes besonders relevant. Er dient darüber hinaus auch der Gesundheitssystemstärkung und der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen von Gesundheit der Menschen vor Ort. Um sicherzustellen, dass Gesundheitsmaßnahmen an den Bedarfen von vulnerablen Gruppen ausgerichtet sind, müssen zivilgesellschaftliche Gruppen in die Konzeption und Umsetzung der Maßnahmen eingebunden werden.

Zivilgesellschaftliche Handlungsräume

Um zivilgesellschaftliche Handlungsräume und Menschenrechte zu schützen, müssen zivilgesellschaftliche Akteur_innen verstärkt strategisch in relevante Politikprozesse und Maßnahmen einbezogen werden. Wirkungsvolle Partizipation setzt auf unterschiedlichen Ebenen an. So können zivilgesellschaftliche Vertreter_innen in Regierungsverhandlungen und -konsultationen oder bei parlamentarischen Reisen gezielt einbezogen werden. Darüber hinaus muss sich Deutschland in internationalen Foren, wie dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, dafür einzusetzen, dass das Recht auf finanzielle Ressourcen, einschließlich einer Finanzierung aus dem Ausland, als integraler Bestandteil des Rechts auf Vereinigungsfreiheit ausdrücklich anerkannt und gestärkt wird. Das Programm des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ sollte ausgebaut werden, insbesondere auch mit Blick auf den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen. Abgeordnete sollten auf Auslandsreisen gezielt den Austausch mit Vertreter_innen der Zivilgesellschaft vor Ort suchen. Bei Treffen mit Regierungsvertreter_innen im Ausland, mit Abgeordneten des Gastlandes und mit deutschen oder europäischen Auslandsvertretungen sollte die Bedeutung einer lebendigen Zivilgesellschaft und schwindender Handlungsräume thematisiert werden.

Hinweise auf aktuelle VENRO-Publikationen zum Thema „Internationale Verantwortung und Entwicklung“:

[Zeitenwende für Klimagerechtigkeit. Forderungen zur 27. Weltklimakonferenz in Ägypten](#) (2022)

[Bundeshaushalt 2022. Eine Welt im Ausnahmezustand](#) (2022)

[Erwartungen an eine feministische Entwicklungspolitik](#) (2022)

[Zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume weltweit stärken. Empfehlungen an die Bundesregierung und den Bundestag](#) (2022)

[Nur mir einem inklusiven Multilateralismus lässt sich nachhaltige Entwicklung finanzieren](#) (2022)

[Nachhaltige Entwicklung braucht eine starke Finanzierung](#) (2022)

[Die Agenda 2030 muss zum Leitprinzip deutscher Politik werden](#) (2021)

machbar-Bericht [„Das große Ganze – Wie wir Ernährung, Klima und Gesundheit zusammen-denken können“](#) (2021)

Weitere Publikationen finden Sie unter: <https://venro.org/publikationen>

Informationen zu unserer Arbeit über den Nachhaltigkeitsbereich hinaus erhalten Sie unter: www.venro.org

Folgen Sie unserer Arbeit auch auf Social Media:

VENRO-Blog: <http://blog.venro.org/>

Facebook: <https://www.facebook.com/venro.eV/>

Twitter: https://twitter.com/venro_eV

Kontakt:

Dr. Sonja Grigat
Referentin Bereich Globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin
Tel.: 030 / 26 39 299 22
Email: s.grigat@venro.org

Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige
Entwicklung

19.10.2022

Dr. Christoph Benn
*Director, Global Health Diplomacy
Joep Lange Institute*



Die Nachhaltigen Entwicklungsziele

- Die von der UN 2015 verabschiedeten Ziele (SDGs*) waren insbesondere für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sehr umfassend und ambitioniert
- Inzwischen wissen wir, dass die Welt bei der Umsetzung dieser Ziele in fast allen Bereichen den Anschluss verloren hat
- Durch die Covid Pandemie und die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine wird das Erreichen der Ziele immer schwieriger

* Sustainable Development Goals

Finanzierung der SDGs

- Auf der letzten Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung in Addis Abeba 2015 lag der Schwerpunkt auf der Finanzierung der SDGs durch nationale Haushalte und den Privatsektor
- Offizielle Entwicklungszusammenarbeit durch die internationale Gemeinschaft (ODA) spielte eine eher untergeordnete Rolle
- Inzwischen wissen wir, dass einige der Annahmen damals zu optimistisch waren
- Viele Länder brauchen immer noch internationale Unterstützung

Haben wir die richtigen Instrumente?

- Weltbank/IWF
- Vereinte Nationen
- Globale Fonds

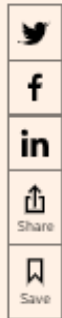
Ministerin Svenja Schulze am 12.10.2022:

***„Weltbank muss sich umbauen für globale
Zukunftsherausforderungen“***

Climate Capital Climate change + Add to myFT

Global climate leaders push for overhaul of IMF and World Bank

Barbadian premier Mia Mottley sets out steps at UN for reform as support builds for rethink of financial institutions



Addressing the UN general assembly this week, Barbadian prime minister Mia Mottley, is leading a push for a rethink of how the world pays for the effects of climate change. © Bloomberg

Aime Williams in New York SEPTEMBER 24 2022

35

A rebellion against the status quo of the global financial architecture dating to the second world war gathered momentum in New York this week as developing world and climate leaders demanded action to help them deal with climate change.

In closed-door meetings on the sidelines of the UN General Assembly, and so-called climate week discussions alongside, wealthy countries were confronted by increasingly urgent questions about who pays for the catastrophic impact of



Mia Mottley, the prime minister of Barbados, who has become the de facto leader of efforts by smaller, less wealthy nations to build a global coalition to secure funds to help tackle the ravages of climate change, called on Friday for “a new internationalism”.

The postwar financial institutions established as a result of the Bretton Woods agreement in 1944, including the IMF and what became the World Bank Group, “no longer serve the purpose in the 21st century that they served in the 20th century”



Critically, US climate envoy John Kerry on Wednesday said he had also been pushing for reform of international financial institutions over a failure to marshal funds related to climate change. He said the need for an overhaul had been discussed at a leaders’ roundtable organised by the UN that day. [...]

Kerry expressed frustration about the role of the institutions that provide loans and grants to poorer countries and are seen as crucial to distributing money to help limit global warming as developing economies grow.

1. Die internationalen Mittel zur gleichzeitigen Bewältigung multipler Krisen und der Unterstützung nachhaltiger Entwicklung reichen nicht aus
2. Nur wenige Geberländer finanzieren fast alle internationalen Organisationen, Krisen und Anliegen der Entwicklungsfinanzierung

Beispiel Covid Response: ACT-A (2020/21): Top 15 Geberländer zahlten 96% aller staatlichen Beiträge

Beispiel Globaler Fonds: Beim Replenishment in NY zahlten die Top 6 Geber etwa 90% der staatlichen Gesamtzusendungen

Innovativer Ansatz: Global Public Investment (GPI)

- Alle Länder in allen Regionen und aller Einkommensgruppen tragen je nach ihren Möglichkeiten dazu bei, internationale Anliegen zu finanzieren
- Dadurch besteht die Möglichkeit, auch Länder hohen Einkommens einzubinden, die bisher keine oder sehr geringe Zuwendungen leisten.
- Es gilt aber auch für Länder mittleren und niedrigen Einkommens, wenn die richtigen Anreize für diese Länder gesetzt werden.
- GPI eignet sich besonders zur Finanzierung von globalen und grenzüberschreitenden Problemen (Global Public Goods) wie Pandemien, Klima, Digitalisierung

Global Public Investment

1. All countries contribute
2. All countries benefit
3. All countries decide

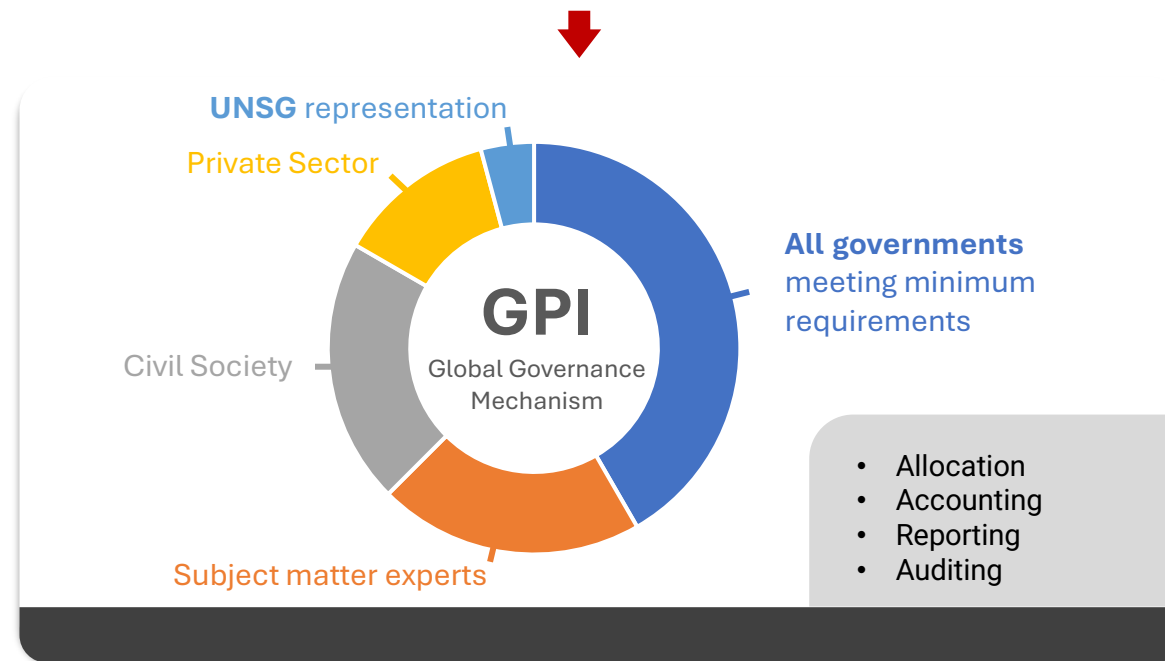
<https://globalpublicinvestment.org>

Mögliche Globale Struktur für GPI

Beispiel: Pandemie Fonds FIF

Einzahlung

Internationale Beiträge durch neue oder etablierte Budget Linien spezifisch für globale Anliegen



Governance

- **Innovative Entscheidungsstrukturen**
- **Berücksichtigung aller beitragenden Länder im Aufsichtsrat**

Auszahlung

Durchführung durch existierende Organisationen oder Fonds



Wie wird GPI gegenwärtig unterstützt?

- Globale Expert Working Group
- Internationaler Vorstand
- Gründung **Global Public Investment Network (GPIN)**
(New York, 19. September 2022)

Wichtige Prozesse in den kommenden Jahren für eine Reform des internationalen Finanzierungssystems

- Reform von Weltbank und IWF
- UN Generalsekretär: High-Level Advisory Board on Effective Multilateralism
- SDGs Review bei der UN Vollversammlung (September 2023)
- Vierte Konferenz Financing for Development (Spring 2024)
- Summit of the Future (September 2024)